

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

27. Sitzung
2. April 2014

Beginn: 11.37 Uhr
Schluss: 14.11 Uhr
Vorsitz: Benedikt Lux (GRÜNE), ab 13 Uhr: Burgunde Grosse (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0057](#)
1. Mai in Berlin – welche Erkenntnisse hat der VerfSch
Verfassungsschutz?
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU,
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der
Piratenfraktion)

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) berichtet, wie im Vorjahr würden für den 1. Mai nicht nur die traditionellen Großveranstaltungen der linksextremistischen Szene erwartet, sondern seien auch rechtsextremistischen Aufmärsche angekündigt und Proteste dagegen zu erwarten. Bisher seien in chronologischer Reihenfolge vier Veranstaltungen angemeldet worden: für den 26. April eine Demonstration der NPD in Kreuzberg, für den 30. April die antikapitalistische Walpurgisnacht im Wedding, für den 1. Mai eine Demonstration der NPD in Neukölln und am gleichen Tag der revolutionäre 1. Mai ab Kreuzberg.

Der Berliner Landesverband der NPD setze im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament erneut auf die Strategie der maximalen Aufmerksamkeit durch Provokation, habe für den Ort der Demonstration Kreuzberg gewählt und fokussiere sich auf die Auseinandersetzungen um das Flüchtlingscamp am Oranienplatz, an dem die Demonstration vorbeiführen solle wie auch an der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule, dem Görlitzer Park und dem Kottbusser Tor. In dem Aufruf zur Demonstration sei von einer unbekanntenen „befreundeten Gruppe“ die Rede. Denkbar sei die Partei Die Rechte oder das Netzwerk freie Kräfte. Dafür geworben hätten über das Internet die Berliner Landesverbände der NPD und der Jungen Nationaldemokraten und der Berliner NPD-Landesvorsitzende. Für diese provokante Demonstration könnte das maximale Mobilisierungspotenzial der rechtsextremistischen Szene Berlins

von ca. 70 Personen ausgeschöpft werden, bei überregionalem Interesse 100, wofür es zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine Hinweise gebe. Für den 1. Mai habe der Neuköllner Kreisverband der NPD eine Demonstration durch Neukölln unter dem Motto „Unser Volk zuerst – Ausländerstopp jetzt!“ angemeldet. Eine Mobilisierung zu dieser Demonstration sei noch nicht feststellbar.

Die antikapitalistische Walpurgisnacht der linken und der linksextremistischen Szene finde am Abend des 30. April im Wedding statt. Federführende Organisatoren seien erneut die North-East Antifascists. Der Aufruf setze auf das Thema Gentrifizierung und die Verknüpfung von Rassismus und Repression. Mit der Wahl des Ortes hoffe man, über Szenegrenzen hinaus auch die Ansässigen anzusprechen. Davor finde traditionell ein Konzert statt, das subkulturelle geprägte Teilnehmer anziehe. 2012 und 2013 seien 3 300 bzw. 2 400 Konzertbesucher weitgehend störungsfrei zusammengekommen. Von einer ähnlichen Größenordnung gehe man auch in diesem Jahr aus.

Die Demonstration zum revolutionären 1. Mai starte traditionell um 18 Uhr am Lausitzer Platz und werde durch Kreuzberg bis zur Bundeszentrale der SPD geführt. Sie sei unter dem Motto „Gegen Krise, Krieg und Kapital – Widerstand, Aufstand, Revolution“ angemeldet. Dafür sei eine Internetseite eingerichtet worden. Als Unterstützer würden die bekannten Mitglieder des Organisationsbündnisses aufgelistet. Die in den letzten Jahren das Bündnis dominierenden Antifaschistische revolutionäre Aktion Berlin und Antifaschistische Linke Berlin hielten sich bisher mit öffentlichen Verlautbarungen zurück. Es sei zu erwarten, dass das Thema Flüchtlinge und die mögliche Räumung des Flüchtlingscamps am Oranienplatz eine zentrale Rolle spielten. In den letzten beiden Jahren hätten je ca. 10 000 Menschen teilgenommen; eine solche Größenordnung erwarte man auch 2014.

Zu erwarten sei, dass sich an der DGB-Demonstration in Mitte wie alljährlich ein sog. Klassenkämpferischer Block mit Teilnehmern in mittlerer dreistelliger Anzahl friedlich beteiligen werde. In den letzten Jahren habe ein unangemeldeter Aufzug mit um die 1 000 Teilnehmer quer durch das MyFest stattgefunden. Die Befriedung Kreuzbergs am 1. Mai sei vielen Autonomem wohl ein Dorn im Auge.

Anmeldungen für Gegendemonstrationen gegen die NPD-Demonstration am 26. April lägen bislang nicht vor. Termin und Route sei in der linksextremistischen Szene bekannt. Bei einer tatsächlichen Durchführung der Veranstaltung seien massive Gegenproteste mit hohem Eskalationspotenzial zu erwarten. Ankündigungen stünden bereits auf einer Internetseite.

Auch bei der NPD-Demonstration durch Neukölln am 1. Mai seien keine Gegenveranstaltungen bekannt. Die Vertreter politischer Parteien hätten vorsorglich einige Versammlungen in Treptow-Köpenick angemeldet, da dort im letzten Jahr ein rechtsextremistischer Aufzug mit 460 Teilnehmern stattgefunden habe. Sollte die NPD in Neukölln demonstrieren, würden die Gegenveranstaltungen sicher in entsprechende Streckenabschnitte verlegt werden.

In den letzten Jahren sei ein Trend zu einem teilnehmerstarken, politisch geprägten friedlicheren 1. Mai festzustellen. Die linksextremistische Szene habe durch die Besetzung zugkräftiger Themen für ihre Demonstrationen hohe Mobilisierungszahlen verzeichnen können. Dies habe aber nicht die „Randale-Rituale“ verstärkt. Deshalb sei es im Nachgang der Demonstration als Reaktion darauf zu Anschlägen, insbesondere auf die Deutsche Bahn, Arbeitsagenturen und

Jobcenter gekommen. Anschließend sei die gewaltbereite autonome Szene Berlins von verschiedenen exekutiven Maßnahmen betroffen gewesen z. B. der Durchsuchung des Hauses Rigaer Straße 94 im August 2013. Die Szene sehe sich nun als Opfer der Repression, worauf sie mit einem zentralen Aktionstag gegen Repression am 22. März habe reagieren wollen. Am 1. Mai stünden mit Gentrifizierung und Flüchtlingen vermutlich Themen im Mittelpunkt, die mehr Potenzial zur Emotionalisierung und Mobilisierung über die Szenegrenzen hinaus besäßen. Im letzten Jahr sei es den Linksextremisten zumindest teilweise gelungen, eine vermeintlich drohende Räumung des Flüchtlingscamps am Oranienplatz für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Nach den Vorkommnissen um die Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf sei das Eskalationspotenzial von Links-Rechts-Auseinandersetzungen hoch, weshalb eine NPD-Demonstration in Kreuzberg für die autonome Szene und andere kaum hinnehmbar sei und zu massivem Widerstand führen werde.

Tom Schreiber (SPD) gibt zu bedenken, dass Prognosen und eine Bewertung der angekündigten Demonstrationen noch nicht abgegeben werden könnten. Sei bekannt, ob die NPD im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament plane, Udo Pastörs oder Udo Voigt als Redner für die Demonstrationen am 26. April oder am 1. Mai einzuladen? Seien Konzerte von rechts mit Mobilisierungspotenzial in Berlin oder im Umland geplant?

Clara Herrmann (GRÜNE) bemerkt, zum jetzigen Zeitpunkt seien bezüglich der Teilnehmerzahlen für die genannten Veranstaltungen nur Schätzungen möglich. Würden die Abgeordneten informiert, falls es zu einer Veränderung der Einschätzung komme, z. B. falls bundesweit mobilisiert würde? Wie würde ggf. darauf reagiert? Würde auch die Öffentlichkeit informiert? – Sei für die Europawahl eine intensivere Zusammenarbeit der Partei Die Rechte und NPD zu erwarten bzw. geplant, da Die Rechte wegen nicht ausreichend Unterschriften nicht zur Wahl zugelassen sei? Habe der Verfassungsschutz darüber Erkenntnisse? – Gebe es im Zug der Deeskalationsstrategie der letzten Jahre Lagebericht und einen Austausch zw. Verfassungsschutz und Polizei? Wie stehe der Verfassungsschutz zu einer Fortsetzung der Deeskalationsstrategie? – Wo solle die NPD-Demonstration in Neukölln am 1. Mai stattfinden? – Verlagere sich die NPD weg von Schöneweide in andere Regionen? Sei damit zu rechnen, dass Rechtsextreme im Europawahlkampf in Kreuzberg und anderen Orten Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien angriffen?

Hakan Taş (LINKE) erinnert daran, dass Gewalttätigkeiten um den 1. seit 2003 Mai abgenommen hätten, weil die Polizei eine Deeskalationsstrategie eingeschlagen habe. Daran wolle die Polizei auch 2014 festhalten. Der Verfassungsschutz rechne aber laut Presse wieder mit einem gewalttätigeren Verlauf. Warum sei in diesem Zusammenhang immer wieder von linksradikalen Demonstranten die Rede? Da es im Flüchtlingscamp am Oranienplatz zu einer Einigung gekommen sei, werde es wohl zu keiner Zwangsräumung kommen.

Mit wie vielen Demonstranten rechne der Verfassungsschutz bei der NPD-Demonstration in Neukölln am 1. Mai, bzw. wie viele seien angemeldet worden? Wie viele Demonstrationsteilnehmer seien für den 26. April in Kreuzberg angemeldet worden?

Stephan Lenz (CDU) fragt, ob davon auszugehen sei, dass die Situation in Prenzlauer Berg auch in diesem Jahr erfreulich gewaltfrei – was früher nicht der Fall gewesen sei – sein werde. Dass sich dies zum Positiven gewendet habe, sei ein Erfolg der Polizei. Werde das bewährte Konzept der ausgestreckten Hand aufgrund des Erfolges fortgeführt? Die Polizei sei in der

Lage, das Demonstrationsgeschehen auch mit den Übersichtsaufnahmen zu analysieren. Woher habe sein Vorredner die Information über die Einschätzung eines gewalttätigen Verlaufs der Demonstrationen am 1. Mai? In der Zeitung sei davon nicht die Rede gewesen.

Hakan Taş (LINKE) antwortet, die Quelle sei geheim. Er werde sie ihm unter vier Augen nennen.

Christopher Lauer (PIRATEN) begrüßt den Konsens für die Deeskalationsstrategie der Polizei, die inzwischen so selbstverständlich sei, dass man sie nicht hätte jeweils positiv bewerten müssen. Sei der von Staatssekretär Krömer verwendete Begriff „Randale-Rituale“ Diktion des Verfassungsschutzes oder dessen Einschätzung?

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, ob der klassenkämpferische Block auf der DGB-Demonstration mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Werde wie in den letzten Jahren bei SenInnSport eine Lagebesprechung vor dem 1. Mai mit den Sprechern des Innenausschusses stattfinden?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) antwortet, „Randale-Rituale“ sei kein feststehender Begriff. – Einen Informationstermin für die innenpolitischen Sprecher zum 1. Mai werde es auch in diesem Jahr geben. – Über bestimmte Redner der NPD, die an den genannten Demonstrationen sprechen könnten, oder über Konzerte, zu denen meist spontan mobilisiert werde, lägen noch keine Informationen vor. Bisher lägen keine Erkenntnisse über eine größere Mobilisierung für die NPD-Veranstaltungen vor. Dies liege auch daran, dass die rechte Szene an anderen Orten in der Bundesrepublik Schwerpunkte für den 1. Mai plane. Deshalb sei fraglich, ob die Veranstaltungen überhaupt stattfänden bzw. ob die erwartete Teilnehmerzahl erreicht werde.

Für Route der NPD-Demonstration am 1. Mai in Neukölln sei der Treffpunkt um 11 Uhr der U-Bahnhof Neukölln. Die Strecke gehe über die Silbersteinstraße, Britzer Damm weiter auf die Späthstraße, wo es eine Zwischenkundgebung geben solle, und durch die Blaschkoallee bis zum U-Bahnhof Blaschkoallee.

Erfahrungsgemäß besetzten die rechten Parteien nicht das gleiche Thema. Die Rechte habe es nicht einmal geschafft, genügend Unterschriften für eine Zulassung zur Europawahl zusammenzubekommen, sie werde sich jetzt sicher von der NPD unterscheiden wollen. Insofern sei nicht davon auszugehen, dass gemeinsame Aktionen größerer Art geplant seien.

Erkenntnisse zur Gewalt im Wahlkampf lägen nicht vor. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass es wie in der Vergangenheit zu Behinderungen von Wahlkampfhelfern anderer Parteien u. a. kommen könne.

Es sei davon auszugehen, dass die Aktionen in der Walpurgisnacht nicht jene der letzten Jahren überträfen. 2013 seien im Mauerpark nur wenig Personen anwesend gewesen. Insgesamt sei die Walpurgisnacht eher friedlich verlaufen.

Der Verfassungsschutz habe in der „Morgenpost“ keine Einschätzung abgegeben, dass in diesem Jahr um den 1. Mai von einer Eskalation der Gewalt auszugehen sei.

Bernd Palenda (SenInnSport) ergänzt, derzeit lägen keine Hinweise vor, dass sich die rechte Szene neue Räume z. B. Neukölln erschließen wolle. Auf Grundlage der Provokationsstrategie der rechtsextremistischen Organisationen müsse man damit rechnen, dass in nächster Zeit Veranstaltungen gemacht würden, um eine Eskalation herbeizuführen. Dafür eigne sich Neukölln so gut wie Kreuzberg.

In Prenzlauer Berg werde der 30. April bzw. 1. Mai vermutlich wie in den letzten Jahren friedlich verlaufen. Zu betonen sei, dass es sich um höchstens 5 000 bis 6 000 Personen handle, die auffällig werden könnten; große Veranstaltungen wie das MyFest verliefen überwiegend friedlich. Eine genaue Einschätzung sei zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht möglich, da insbesondere die linksextremistische Szene kurzfristig mobilisiere. Es hänge auch davon ab, ob in anderen Orten Veranstaltungen stattfänden.

Der klassenkämpferische Block in der DGB-Demonstration bestehe aus Teilnehmern verschiedener Organisationen. Als solcher sei er kein Beobachtungsobjekt. Ob Mitglieder relevant sein könnten, könne er nicht bewerten.

Vorsitzender Benedikt Lux erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über den
sogenannten Antirepressionstag – Aktionstag gegen
Repression am 22. März 2014 in Berlin**

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0059](#)

VerfSch

Tom Schreiber (SPD) wünscht Auskunft über den Verlauf des sogenannten Antirepressionstags, der – obwohl im linksextremistischen Bereich bundesweit mobilisiert worden sei – weit hinter dem angekündigten Krawall zurückgeblieben sei. Dies liege wohl auch an der starken Polizeipräsenz vor Ort. Welche Gruppierungen spielten eine tragende Rolle? Seien Veränderungen in der Szene festzustellen?

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport) berichtet, für Samstag, 22. März, sei zu einem bundesweiten sog. Aktionstag gegen Repression in Berlin aufgerufen worden. Am Nachmittag dieses Tages habe eine angemeldete Kundgebung mit Demonstration stattfinden sollen und am Abend eine unangemeldete Demonstration durch ein vermeintliches „Gefahrengebiet“. Auf einer dafür eingerichteten Internetseite seien Aufrufe und Aktionen in teilweise martialischem Tonfall Aufrufe und Aktionen zu meist Straftaten mit Selbstbezeichnungsschreiben dokumentiert worden. Der mit ca. 1 000 erwarteten Teilnehmern angemeldete Aufzug durch Moabit, vorbei an sog. Orten der Repression wie dem Bundesinnenministerium, der Justizvollzugsanstalt und dem Amtsgericht Tiergarten, sei mit ca. 800 Teilnehmern kleiner als angenommen gewesen. Trotz der bundesweiten Mobilisierung seien keine Teilnehmer von auswärts gekommen. Die ursprüngliche Wegstrecke sei von der Versammlungsbehörde nicht genehmigt worden und habe geändert werden müssen. Bereits nach einer halben Stunde habe die Versammlungsleiterin den Aufzug beendet, nachdem die Polizei wegen Vermummungen Personen freiheitsentziehende Maßnahmen vorgenommen habe. Daraufhin hätten ehemalige

Demonstrationsteilnehmer die Polizei mit Flaschen und Pyrotechnik beworfen. Insgesamt seien 14 freiheitsentziehende und 24 freiheitsbeschränkende Maßnahmen durchgeführt sowie 39 Strafermittlungsverfahren u. a. wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Bereits während des Aufzugs seien Handzettel mit Hinweisen auf die unangemeldete Demonstration ab 22 Uhr verteilt worden, die vom Moritzplatz aus hätte starten sollen. Dort hätten sich ca. 400 Personen versammelt. Das konsequente Eingreifen der Polizei habe den Aufzug bereits in der Anfangsphase verhindert. Gegen 23.45 Uhr hätten sich ca. 60 Personen in der Revaler Straße in Friedrichshain erneut zu einem Spontanaufzug eingefunden, der sich einige Straßenzüge weiter in einzelne Kleingruppen aufgelöst habe. Die Polizei habe 3 freiheitsentziehende und 36 freiheitsbeschränkende Maßnahmen durchgeführt. Acht Strafermittlungsverfahren u. a. wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz seien eingeleitet worden.

Der Aktionstag sei als Reaktion der autonomen Szene auf diverse exekutive Maßnahmen gegen sog. linke Strukturen auch in anderen Städten im letzten Jahr gedacht gewesen, insbesondere Hausdurchsuchungen. Seit November 2013 hätten Vertreter verschiedener Gruppen – insbesondere von Out of Control oder den North-East Antifascists – den Tag vorbereitet. Die Absicht, Versammlungen und Aktionen dezentral zu gestalten, dazu bundesweit zu mobilisieren und ein starkes Zeichen des Widerstands gegen die vermeintliche Welle der Repression zu setzen, sei offensichtlich gescheitert.

Vorsitzender Benedikt Lux erklärt die Besprechung für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung (neu)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zu den verstärkten Angriffen von Extremisten auf Geschäftsstellen der Parteien, Bürgerbüros der Abgeordneten und Journalisten?

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0060](#)

VerfSch

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 2)

Besondere Vorkommnisse

Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zur Beteiligung des Berliner Islamisten Benjamin X. an der tödlichen Schießerei in der türkischen Stadt Nigde am 20. März 2014?

(auf Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU)

Bernd Palenda (SenInnSport) bemerkt, die Frage könne nur teilweise öffentlich beantwortet werden. In der 13. Kalenderwoche sei in den Medien bekannt geworden, dass es am 20. März 2014 in der Türkei in der Nähe des Ortes Nigde unweit der syrischen Grenze an einer Straßensperre zu einem Feuergefecht zw. türkischen Sicherheitsbehörden und drei anderen Personen gekommen sei. Diese Personen sollen in einem Taxi unterwegs gewesen und an dem Kontrollposten angehalten worden sein. Im weiteren Geschehen sei es zu einem Feuergefecht gekommen, bei dem ein Zivilist und zwei Polizeiangehörige getötet worden seien sollen. Die türkischen Behörden gingen von einer islamistisch motivierten Tat aus. Bei einem der drei festgenommenen Täter soll es um den deutschen Staatsangehörigen Benjamin X. handeln, die beiden anderen Personen seien keine Deutschen. Herr X. solle zwar das Auto gefahren haben, er habe aber ausgesagt, bei dem Angriff unter Drogen gestanden zu haben und den Schusswechsel nicht mitbekommen zu haben.

Hakan Taş (LINKE) erinnert daran, dass es gegen den Herrn X. bereits im Herbst 2013 ermittelt worden sei. Wann sei er in die Türkei eingereist?

Bernd Palenda (SenInnSport) antwortet, wann Herr X. nach Syrien bzw. die Türkei eingereist sei, wisse er nicht. Als Gefährder sei Herr X. in Berlin bereits seit 2013 gesehen worden. Man habe die entsprechenden Maßnahmen ergriffen. Darüber werde er ggf. in nichtöffentlicher Sitzung berichten.

Clara Herrmann (GRÜNE) fragt, wie groß die Gruppe von deutschen Islamisten sei, die sich in den vergangenen Monaten radikalen Gruppen in Syrien angeschlossen hätten, denen auch Benjamin X. angehöre. Müsse man davon ausgehen, dass Taten wie diese dazu führten, dass mehr deutsche bzw. Berliner Islamisten nach Syrien/Türkei reisten?

Bernd Palenda (SenInnSport) antwortet, ein erhöhtes Ausreiseaufkommen in Zusammenhang mit solchen Meldungen sei nicht festzustellen. Jene, die ausreisten und sich an Kampfhandlungen beteiligen wollten, gingen davon aus, ins Paradies zu kommen, wenn sie als Märtyrer getötet würden.

Hakan Taş (LINKE) erkundigt sich, ob es zwischen Benjamin X. und dem in Berlin festgenommenen 35-jährigen Fatih K. Verbindungen gebe.

Bernd Palenda (SenInnSport) bemerkt, es handele sich um ein laufendes, großes Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, wozu er keine Aussagen machen könne.

Stellv. Vorsitzender Burgunde Grosse teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt werde.

Punkt 5 der Tagesordnung (alt 3)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

* * * * *